

Saale-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden 8. Spalten, 36 mm bre. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unferen Anzeigenstellen u. allen Anzeigenstellen angenommen. Resten der 22 mm bre. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen: Sonntagsblätter vom 11 Uhr, für die Sonntags-Dr. 11 Uhr, Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erläuterungen: Halle, Schloßplatz 1. 2. me. Sonntags 1. me. Schriftl. u. Haupt-Poststelle: Halle, Neue Promenade 14, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Poststelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amt. Zeitungswesen wird unter dem Namen „Saale-Zeitung“ geführt. Ferner, der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 362.

Halle, Dienstag, den 5. August.

1919.

Was geht in Ungarn vor?

Die drahtlichen Verbindungen mit Budapest sind unterbrochen. — Ein Erzherzog als Thronkandidat?

Ein ungarischer Thronkandidat?

Wien, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Bezüglich der Regierungsbildung verlangt, daß die Sozialisten eine Fusion mit der Szegediner Regierung ablehnen, da diese eine monarchistische Restauration im Sinne habe. Als Thronkandidat wird bereits Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, genannt.

Rumänischer Herrschaft in Budapest.

Wien, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Entgegen den Erwartungen, die der rumänische General der Entente gemacht hat, in Budapest nicht einzumarschieren, ist General der Oberkommandant der Rumänen an der Spitze von 30 000 Mann in die Hauptstadt Ungarns eingezogen. Das rumänische Oberkommando übernahm das Stadtkommando. Es wird damit gerechnet, daß der König von Rumänien in nächster Zeit in Budapest eintritt. Schon jetzt machen sich im höchsten Grade Kräfte der Reaktion bemerkbar.

Die Verbindungen mit Budapest unterbrochen.

Wien, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Seit heute nacht ist die telegraphische und telephonische Verbindung mit Budapest vollkommen unterbrochen. Das Haupttelegraphen- und Telephonamt wurde durch die Rumänen besetzt. Privatbesprechungen werden nicht angenommen. Die letzten Nachrichten, die in später Nachtstunde aus Budapest eintrafen, besäßen, daß die Rumänen erklärt hätten, alle Lokomotiven und Waggons, sowie das ganze Maschinen- und Schiffsmaterial, das seinerseits aus Rumänien verschleppt wurde, nach Rumänien zurückzuführen zu wollen. Aber dies bedeutet eigentlich nur einen verstärkten Raub ungarischen Verkehrsmaterials. Ein Pogrom in Budapest scheint unvermeidlich zu sein, da zahlreiche Mitglieder der gewesenen Christlichsozialen Volkspartei mit allen Mitteln durch Verteilung von Flugblättern für ein Pogrom agitieren und diese Bemühungen von der Szegediner Regierung, welche im Laufe des morgigen Tages in Budapest eintreffen wird, unterstützt werden.

Lebensmittelnot in Budapest.

WTB. Budapest, 4. August. Ungar. Korr.-Bür. Die „Eit Hespangana“ meldet, die provisorische Regierung hat entsprechend dem Prinzip der Demokratie vorbereitende Schritte getan, um sich aus Vertretern der außerhalb der Arbeiterklassen lebenden Parteien des Landes zu ergänzen, damit auf diese Weise sämtliche Schichten des Volkes an den Regierungsgeschäften teilnehmen, bis die ganze Bevölkerung im Wege der Ausübung des allgemeinen Wahlrechts ihre politische Überzeugung kundgeben kann.

Das Vordringen der rumänischen Truppen bis Budapest hat in der Versorgung der hauptstädtlichen Bevölkerung eine kritische Lage geschaffen. Die ungarische Regierung hat die rumänische Heeresleitung ersucht, im Interesse der Versorgung der Hauptstadt Nahrungsmittel-Transporten keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Abbruch des Generalstreiks in Zürich.

WTB. Zürich, 4. August. (Schweizerische Depesch-Agentur.) Eine weitere Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich hat mit 193 gegen 58 Stimmen beschlossen, den Generalstreik abzubrechen. Die Arbeit soll am Dienstag vormittag wieder aufgenommen werden.

Weitere Plünderungen in Liverpool.

WTB. London, 4. August. (Reuters.) Heute sind in Liverpool weitere Plünderungen vorgekommen. Man glaubt, daß bei den Unruhen in Liverpool bisher ein Schaden von 250 000 Pfund Sterling und in Birkenhead ein Schaden von 300 000 Pfund angerichtet wurde. Im Laufe der Unruhen wurde ein Mann erschossen, zwei wurden durch Gewehrschüsse verwundet, 70 bis 80 Personen wurden verwundet, fast 400 Personen verhaftet. Über 100 Läden wurden zerstört und geplündert.

Riesige Militärmassen gegen streikende Engländer.

WTB. London, 4. August. (Reuters.) In Liverpool ist der Tag ruhig verlaufen. In Mersey sind ein

Schlachtschiff und zwei Zerstörer angekommen, um die Funkstationen und andere wichtige Punkte zu schützen. In der Stadt sind weitere 60 000 Mann Militär eingetroffen und die Behörden hoffen die Ordnung aufrecht erhalten zu können.

Wels über die Kriegsgefangenen.

WTB. Luzern, 4. August. Schweizerische Depesch-Agentur. Die zur Beratung der allgemeinen internationalen Politik von der Internationalen Sozialistenkonferenz ernannte erste Kommission bespricht zunächst die Lage der Kriegsgefangenen. Der deutsche Mehrheitssozialist Wels gab eine ausführliche Darstellung der Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und betonte sich darüber, daß deren Lage sich seit dem Waffenstillstand wesentlich verbessert habe. Wels sprach auch von den russischen Gefangenen, die sich noch in Deutschland befinden und betonte, daß es die Entente sei, die Deutschland hindere, die Gefangenen nach Russland zurückzuführen zu lassen. In längerer Aussprache, an der Vertreter fast aller anwesenden Nationen teilnahmen, trafen die französischen Sozialisten Renaudel und Longuet ein Wort ausdruck, daß die französischen Sozialisten in dieser Hinsicht alles tun würden, was in ihrer Macht stehe. Es wurde schließlich eine Unterkommission ernannt, die die Lage der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern unterziehen und der Vollerfassung eine Entschließung unterbreiten soll.

Darauf wurde die große Debatte über die Stellungnahme der Internationalen zur Revolution und zur Revolution des Bolschewismus fortgesetzt. Die zweite Kommission, die sich mit dem Wiederaufbau der Internationalen zu beschäftigen hat, nahm eine Erklärung über die Grundzüge an und genehmigte die neuen Statuten, die dem Kongress im Februar unterbreitet werden sollen. Die Kommission nahm eine Entschließung Henderson an, die verlangt, daß zu gleicher Zeit mit dem Kongress im Februar auch eine Vereinigung von parlamentarischen Vertretern der Arbeiter- und Sozialistenparteien einberufen werden soll.

Entdeckung reicher Erzlager?

Bln, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Oberrheinischen Meldungen zufolge wurden nach dem Bericht des lothringischen Erzgebietes an dem Sundsrud vor dem oberrheinischen Gebiet reiche Erzlager entdeckt. Durch eine Koblenzer Firma sind Schürungen auf Eisen- und Mangangerze vorgenommen worden. Die Arbeiten hatten auch einen vollen Erfolg. Es hat sich herausgestellt, daß der ganze Idarwald ein reichhaltiges Erzlager bildet. Das Erz liegt in einer Tiefe von 2 bis 3 Metern, stellenweise an der Oberfläche. Laut amtlicher Analyse enthält das Erz 55 bis 60 Proz. Metall und bis zu 20 Proz. Mangan, es wird also der deutschen Industrie hochwillkommen sein.

Eine deutsche Kriegslasten-Kommission.

WTB. Berlin, 5. August. Zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entschädigung an die Alliierten ist durch Erlass des Reichspräsidenten vom 11. Juli d. J. eine deutsche Kriegslasten-Kommission gebildet worden. Die Kommission hat die Aufgabe, die Verhandlungen mit der internationalen Wiedergutmachungs-Kommission unter Beteiligung des Auswärtigen Amtes zu führen und die Tätigkeit der beteiligten deutschen Behörden für die Entschädigungsbildung zusammenzufassen.

Gegen die Rheinrepublik.

Koblenz, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Rheinische Volkspartei hat eine Entschließung angenommen, wonach eine Rheinrepublik abgelehnt und daß dessen eine weitgehende provinzielle Selbstständigkeit gefordert wird.

Ein Redakteur von Franzosen verhaftet.

Koblenz, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Befehl der französischen Behörde wurde der Redakteur der „Neuesten Nachrichten“, Oberstein, verhaftet und ins Gefängnis nach Birkenfeld gebracht.

Chiens Beziehungen zu Deutschland.

Peking, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Peking wird gemeldet: Die chinesische Kammer hat eine Gesetzworlage angenommen, durch die der Friedenszustand mit Deutschland wieder hergestellt wird.

Nach dem Parteitage.

Verfassungstage.

Von

Dr. Walter Schreiber, Halle.

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Mit erfreulicher Einmütigkeit hat sich der Parteitag zum deutschen Einheitsstaat bekannt. Auch die Einheitsparteien sehen immer mehr ein, daß ein einheitliches Reich die einzige Grundlage für die deutsche Einheit ist. Die deutsche Monarchie in einem einzigen Tagert entfiel hat, daß sie aber nicht die Kraft fand, auch mit dem Schicksal des einzelnen deutschen Bundesstaates ein für allemal aufzukommen. Erfreulich ist es deshalb, daß nun auch ein Vertreter Bayerns auf dem Parteitage erklärte, daß es ihnen in Süddeutschland gar nicht so sehr darauf ankomme, die bisherige selbständige Staatlichkeit der einzelnen Gliedstaaten aufrecht zu erhalten, als vielmehr darauf die Stammesunterschiede und Stammesgewohnheiten nicht durch einen überkommenen Zentralismus von Berlin aus überlagern und mißachtet zu sehen. Das trifft durchaus den Kern der Sache. So notwendig es ist, daß Deutschlands einheitliche und geschlossene Entwicklung nicht länger gehemmt wird durch das eiserne Joch und oftfeinliche Neben- und Gegeneinander der einzelnen Bundesstaaten, so verfehlt wäre es, die Entwicklung der verschiedenen deutschen Stämme nach ihren besonderen Anlagen und Eigentümlichkeiten durch eine allgemeine Uniformierung zu unterbinden und damit auf die Quelle der Demokratie in ihrem Vergehen, die sich aus dieser Verfehlung auf den verschiedenen Gebieten für Deutschland ergeben hat.

Es kann sich deshalb nicht darum handeln, den unitarischen Staat so aufzubauen, wie ihn sich die Sozialdemokratie in ihrem mangelnden Gefühl für die eigene und Wertvolles bisher gedacht hat, mit einer Zentralgewalt der Selbstverwaltung der einzelnen Stämme keinen Raum mehr läßt. Das Richtige wird es vielmehr sein, das einheitliche Deutsche Reich in Stammesländer zu gliedern, die seine Verwaltungsbereiche bilden und mit so freier Selbstverwaltung ausgestattet werden, als es die einheitliche Leitung des deutschen Einheitsstaates nur irgend zuläßt. Von diesen Gesichtspunkten hat sich die Deutsche demokratische Partei in ihrem Streben nach der deutschen Einheit, die selbstverständlich auch auf Deutsch-Österreich umfassen soll, leiten lassen. Sie ist dabei der Überzeugung, daß nur so eine gewisse Reichsverdrössenheit gebannt werden kann, die eine übertriebene Zentralisierung gar zu leicht im Gefolge haben könnte.

Mit voller Einmütigkeit hat sich der Parteitag auch zu der republikanischen Grundfrage der deutschen Verfassung bekannt. Kein Zweifel, daß es vielen von uns nicht leicht geworden ist, das Bild, das sie von der deutschen Reichsverfassung im Verstand zu zeichnen. Aber es wird immer klarer, daß dieses Bild der Wirklichkeit sehr nahe entworfen ist. Wir verlernen die Taten und Werke der wirklich tüchtigen oder gar großen unter den Fürsten, die auf deutschen Thronen gesessen haben, in keiner Weise, wenn wir uns zu der Auffassung bekennen, daß ihre Nachfolger und Erben es nicht verstanden haben, die Monarchie rechtzeitig so fortzusetzen und zu gestalten, daß sie nicht mißverwendet am Verhängnis ihres Volkes wurde. Die unglückliche Veranlagung des letzten Trägers der Kaiserkrone hat nicht unweiblich dazu beigetragen, daß unser Volk in das Unheil geraten ist, inmitten dessen es sich jetzt befindet. Er hatte sich in ein solches Volk völlig fremdes Gefühl der Gottheitstüchtigkeit hineingeworfen, daß die Dinge, namentlich auch die Verhältnisse, die sich ihm entgegenstellten, nur so, wie er sie zu sehen wünschte, und sich nicht durch seine Hoffnungen von jeder Erkenntnis der Wirklichkeit fernhalten. Er war es auch und diejenigen, die sich stets als besonders zuverlässige Stützen des Thrones angurrierten, die es verhindern haben, daß sich die deutsche Monarchie zu einem sozialen Volkskaiserturn entmischen konnte, wie es etwa Friedrich Naumann in seiner „Demokratie und Kaiserturn“ so vortrefflich geschildert hat und wie es allemal auf die Dauer in der neuen Zeit hätte lebensfähig bleiben können.

In dieser Hinsicht ist es natürlich, sich gerade jetzt bei dem Wiedringen der Konventionen über die verlorene Monarchie daran zu erinnern, wie diese sich bei der Einlösung des kaiserlichen Verprechens in der Wahlrechtsfrage bis zum äußersten überließ, wie sie an diesem Kaiserturn mit allen Mitteln gedrückt und gequält haben und wie die Rückführung dieses Verprechens das Ansehen der Krone im Volk aufs schwerste geschädigt hat. Notwendig ist es auch, daran zu erinnern, wie gerade die Alldeutschen den Kaiser während des Krieges verdrängten, er allein ließ sich auf unferer „halbländ“ Kriegsführung, er wolle England seiner dortigen Verbündeten wegen schonen, und wie sie sich nicht scheuten, deshalb mit Revolution zu drohen. Gerade unsere Nationalen haben daher reichlich das Ihre dazu beigetragen.

tragen, das Deutsche Reichertum zu sabotieren und unzulänglich zu machen. Und man hat sich trotz dem so hässlich nach der Monarchie verlangt, kann prüfen das gar zu deutlich dafür, daß sie nur die monarchische Stimmung, die noch in einem Teile unseres Volkes aus Unternehmern über die wirklichen Zusammenhänge lebt, zur Förderung ihrer parteipolitischen Bestrebungen auszunutzen bemüht sind. Auf die Dauer werden sie damit schließlich Erfolg haben.

Es gibt übrigens nicht wenige bei uns zu Lande, die der Republik nur deshalb bedenklich gegenüberstehen, weil sie mit der Ausmaß des ersten Präsidenten der deutschen Republik wenig einverstanden sind. Dieser muß aber gelobt werden, daß es sich bei der gegenwärtigen Bekämpfung des Sozialismus um ein Problem handelt, wie es eine Revolution läßt sich nicht in einer Weise nicht beurteilen. Nach Aufnahme der Verfassung wird die Wahl des Präsidenten durch das ganze deutsche Volk erfolgen, und dann wird sich zeigen, ob Herr Ebert von der Mehrheit seiner Wählergenossen zur Bekämpfung gerade dieses großen Amtes für geeignet gehalten wird. Wir können uns denken, daß das deutsche Volk sich für einen Mann entscheidet, der nicht nur die vergangenen Monarchen und Kronprinzen in dem Werte seiner Persönlichkeit erheblich übertrifft, sondern auch seiner geistigen Bedeutung und seiner ganzen Persönlichkeit nach mehr Autorität besitzt als der gewöhnlich ehrenwerte Herr Ebert.

Es ist überhaupt eine bedauerliche Meinung bei der Sozialdemokratie, die an Handlung die Aufgabe parteipolitisch der Sozialisten zu übertragen als eine geeignete Qualifikation zur Bekämpfung auch der höchsten Aemter anzusehen. Es ist gewiß gut und richtig, bei der Bekämpfung von Aemtern nicht wie bisher ausschließlich Juristen und Militärs heranzuziehen. Sehr viel bedeutender als das alte System ist es aber, wenn heute fast täglich Männer zu Oberpräsidenten, Regierungs- und Polizeipräsidenten ernannt werden, die zu diesen Stellen keine andere Qualifikation mitbringen, als daß sie bisher eifrige Parteifunktionäre oder Arbeitersekretäre gewesen sind. Es soll gar nicht bezweifelt werden, daß sich unter diesen Männern solche finden, die zur Bekämpfung eines hohen Staatsamtes nicht ungeeignet sind, das werden aber die großen Ausnahmen sein. Zur Bekämpfung solcher Aemter gehören nun einmal gewisse Vorkenntnisse und Verwaltungserfahrungen, die auch den tüchtigsten Parteifunktionären und Arbeitersekretären genau so gut fehlen wie jedem anderen, der nicht in der praktischen oder kommunalen Verwaltung groß geworden ist. Die Forderung derartiger Ernennungen gibt daher zu schweren Bedenken Anlaß. Sie schließt das Volk, wie die Herren wissen, die nicht über genügendes Fachkenntnis verfügen, genau wie manch ein solcher Kandidat, der in vollkommenen Abhängigkeit von ihren Untergeordneten, den Geheimräten des alten Systems, besahen. Eine derartige Stellenbesetzung erinnert aber auch lebhaft an die Konzeptions- und Letztinstanz, in der die Konzeptionen bisher so groß waren. Das neue System aber soll besser sein als das alte, und wir deutschen Demokraten sind nicht in der Lage, eine derartige Minderheitspolitik auf dem Gebiete der Aemterbesetzung mitzumachen.

Eine Frage, die den Parteien lebhaft beschäftigt hat, ist die der Parteien, aber ihr ist die Abkündigung eines Teiles der Demokraten in der Nationalversammlung zugunsten der fünfjährigen Gelebensperiode für einen Geßler und etwas sehr Unbedeutendliches. Von letzterem kann indessen nicht die Rede sein. Es ist zwar richtig, daß nach den demagogischen Grundgedanken die wirkliche Volksmeinung das Entscheidende sein soll und daß deshalb einer Verabredung des Parlamentariums vorgezogen werden muß. Es ist aber auch richtig, daß man sich vornehmen, daß ein Parlament sich erst einarbeiten muß und daß sich die neue in dem Parlament die eine oder andere wichtige Aufgabe erledigen können. Eine gar zu kurze Gelebensperiode würde daher gerade vom Standpunkt der Bekämpfung einer Verhärtung des Parlamentarismus aus bedenklich sein. Ob nun drei Jahre ausreichen, um diese Bedenken zu zerstreuen, ist durchaus ungewiß. Eine Verhärterung denen, die für eine längere Gelebensperiode stimmten haben, den Vorwurf der Rücksichtlosigkeit zu machen kann daher nicht anerkannt werden. Das werden die Anhänger der dreijährigen Periode am besten erkennen, wenn ihnen etwa ein Vorwurf daraus gemacht würde, daß sie nicht wie die Unbedeutendlichen für die fünfjährige über nur für die einjährige Gelebensperiode stimmten. Es ist in dieser Frage ein Kompromiß nahe, und es ist zu bezweifeln, daß die Nationalversammlung dem auf dem Parteitag angetragenen Antrag der Demokraten folgende eine vierjährige Gelebensperiode in dritter Lesung angenommen hat. Damit dürfte das sachlich Richtige getroffen und allen berechtigten Wünschen am besten gebiert sein.

Nach kein Beginn der preussisch-polnischen Verhandlungen.

WTB. Berlin, 5. August. Die Nachricht, daß die streitigen Verhandlungen zwischen Preußen und Polen am Mittwoch in Berlin beginnen werden, ist unrichtig. Der Termin zu dem Beginn der Verhandlungen ist noch nicht festgesetzt.

Rheinische Kundgebung gegen Erzberger.

WZ. 4. August. In einer von den Deutschen Volkspartei veranstalteten Kundgebung gegen Erzberger und für den deutschen Soldatenverband erklärte Abgeordneter Professor Dr. Wölbodenbauer, Erzbergers Entstellungen hätten sich bereits als gefährliche Verflechtung der sozialistischen Meinung ergeben. Der Redner erklärte unter dem Vorbehalt der Vermutung:

Wir betreiben Erzberger, der bis zum Sommer 1917 aussergewöhnlich politisch gerichtet war durch die Herausgabe des Berichtes Germania, sowie durch seine planmässigerweise als seine Redigierbarkeit als Interessant besonders schwere Schuld an dem unglücklichen Ausgang trug, jedes Recht zu betreten, was seinen und aus in Auslande schlagendes Angriffe.

In einer Entschuldigungsverhandlung wurde (scharf) Widerspruch gegen die auf Reichsflucht erfolgte Verbreitung der Entschuldigungsverhandlung erhoben, die in ihrer Wirkung nicht der Würde entspricht, mit der das deutsche Volk sein nationales Unglück tragen sollte, und die geeignet sei, unsern Ruf und unseren Kredit im Auslande noch weiter herabzusetzen.

Danzig ohne feindliche Besatzung?

WTB. Versailles, 4. August. „Zentralblatt“ aus einigem Blatt meldet: Der Oberste Rat der Alliierten habe sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Denselben Besatzung ohne militärische Besetzung.

sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Denselben Besatzung ohne militärische Besetzung.

Preußen und die neuen Steuerpläne.

Berlin, 5. August. Der Hauptauschuss der preussischen Landesversammlung beschloß heute mit dem Hinzugehörigen der Reichsfinanzkommission mit dem Plan der Reichsregierung die Veranlagung der direkten Steuern auf das Reich zu übernehmen. Der von mehreren Parteien erhobene Vorbehalt der Einberufung der Landesversammlung für den 12. August wurde von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums entgegengesetzt, daß die Reichsregierung nicht bis zur nächsten Woche warten könne. Der Führer der Reichsnationalen Volkspartei machte für seine Person, ohne seine Fraktion zu binden, Voten und Vorbehalte geltend. Nach langer Debatte ergab sich einstimmig die Beschlüsse, daß die Reichsregierung im Staatsausgang dem Plan der Reichsregierung nur dann zustimmen, wenn in der Steuerangelegenheit Siedlungen und Gemeinden vorhanden sind, daß die Einzelstaaten und Gemeinden nicht durch Mangel an Mitteln ihres Eigenlebens beraubt werden.

Rechtfertigungsversuch des Prinzen Max von Baden.

Die „Allg. Zig.“ erfährt aus Karlsruhe: Prinz Max von Baden macht in einer längeren Persönlichkeitsmitteilung über das Telephonat, das er am 8. November abends mit dem Kaiser gehabt hat. Das Gespräch dauerte ungefähr 20 Minuten und wurde mit großer Heftigkeit geführt. Er war, so schreibt Prinz Max, erschrocken und unzufrieden über die Bekämpfung der Truppen in letzter Position, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und verzweifelte sich, meine Beschlüsse zur Abhaltung überhaupt zu erwägen. Hätte die Oberste Exekutive dem Kaiser am 8. November die Mehrheit über die Armee ergelagt, die sie ihm endlich am 8. November mitteilte, so würde er nicht, daß der Kaiser am 8. November abends den Thronverzicht ausgesprochen haben würde. Dazu hätte es nach menschlichem Ermessen am 8. November der Zeit der Arbeiter in den Straßen ausreichten, wenn es wäre, daß man nach dem Aufbruch gekommen, aber er wäre auf die schärfsten Elemente beschränkt geblieben. Die Truppen hätten sich in Berlin punktförmig gehalten. Einer der gefährlichsten Berührungspunkte zwischen den ausführenden Arbeitern und Soldaten war die Tatsache, daß der Kaiser nicht abgedankt hätte.

General von Gallwitz gegen das Weisbuch.

In dem Weisbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes waren auch die Namen der Generale von Gallwitz und von Mura erwähnt. General von Gallwitz hat nun in der „Kriegszeitung“ eine Erklärung ab, indem er darauf hinweist, daß die Angaben des Weisbuchs über die am 28. Oktober 1918 von ihm und von General von Mura gemachten Äußerungen nicht ganz der Wahrheit entsprechen.

Er weist darauf hin, daß in den Zeitungsberichten durch die Falschung die Deutung nahegelegt worden wäre, als hätten er und Mura nach Mitteilung von dem Godeschmitt Deisterreich den Vorschlag unter Aufsicht der moralischen und materiellen Mittel mehren Widerstand zu leisten, falls es gelasse und weitest möglich abgewandt. Er erklärt dagegen: Nachdem wir in einem mehrmaligen Vortrage die Notwendigkeit eines weiteren Widerstandes zur Geltendmachung militärischer Notwendigkeiten und Friedensbedingungen darzulegen hatten und unsere Vorlesungen für die anwendenden Mittel meinstens bei einem Teil der Mitarbeiter nicht ohne Eindruck geblieben zu sein schienen, war die Fortsetzung des Telegramms über den Godeschmitt Deisterreich durch den Staatssekretär Soli.

Ein merkwürdiger Dampf auf die allgemeine Stimmung.

Der niederdrückende Eindruck, den die Nachricht über Österreich auf die Herzen des Kabinetts gemacht hatte, wurde mit dem Abgehen von den einzelnen Herren nochmals besonders deutlich. Vor der Türe waren General von Mura und ich aus einig darüber, daß die simde Vorkündigung im Kabinett obliegen würde. Ich versuchte daraufhin noch eine letzte Einwirkung, indem ich Herrn Staatssekretär Dr. Soli herausbrachte und ihm die Möglichkeit, die Lage im Osten auch nach dem Ausfall Österreichs für

eine Zeit zu halten, äussermächtig bewegte, und ihm hat, viele Darstellungen jenseitlich noch zur Kenntnis des präsidierenden Vizekanzlers von Bayer und des Kollegiums zu bringen. Ob diese gelassen und wichtig nicht? Eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung westlichen Schiedslandes war, daß die Führer der Sozialdemokratie wollen und verstanden hätten, die inwischen mittelteilte Masse national deutsch zu leben und zum Mittun anzuregen.

Die deutschen Sozialisten sollen bekennen.

WZ. 4. August. Auf dem Internationalen Sozialkongress kam es am Sonnabend zu einem Redebucl zwischen Vandervelde und Wolfenbuzer über die Frage der Schuld und Verantwortlichkeit der deutschen Sozialisten. Vandervelde stellte die Forderung, daß die deutschen Sozialisten für den nächsten Internationalen Sozialkongress ein rückhaltloses Bekenntnis ihrer Schuld ablegen, andernfalls müsse man jede Gemeinschaft mit ihnen abbrechen. Wolfenbuzer lehnte ein näheres Eingehen auf die Wortworte Vanderveldes ab, bemerkte jedoch, daß die Verhandlungen in der deutschen Sozialdemokratie nicht die Forderung hätten, daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln daran arbeite, Klarheit in der Schuldfrage zu schaffen und die Schuldigen ihrer Betätigung entgegenzuführen. Vandervelde erklärte sich durch diese Erklärungen nicht befriedigt und wiederholte, daß Belgien es als sein Recht betrachte, die Schuldfrage auf dem nächsten Anknack erneut zur Diskussion zu stellen.

Geheimhalter englischer Polizistenstreik.

Rosenhagen, 5. August. (Eigene Drahtnachricht.) Der Streik der englischen Polizeibeamten wird von Kenner als eine große Niederlage bezeichnet. Von angeblich über 20 000 Beamten des Landes hat nur der zehnte Teil die Arbeit niedergelegt. Überall wurden die Streikenden sofort entlassen, an ihrer Stelle hat man alle einlässigen Soldaten eingeteilt. Die einzigen

Stahl, die erschlaffter von dem Streik befreit wird, ist Pierpool, wo fast 1000 Beamte von im ganzen 2200 freier.

Britische Käuerei.

Berlin, 4. August. Am 21. Mai ist der deutsche Arbeiter Heinrich Bracht am Munitionslager Langenfeld im Kreise Oldenburg von einem britischen Soldaten erschossen worden.

Nach den Zeugnisaussagen stellt sich der Mordfall folgendermaßen dar: Bracht war mit anderen Arbeitern an einem Munitions-lager tätig, während ein britischer Soldat daneben, aber außerhalb eines Drahtzaunes, auf Posten stand. Dieser zeigte dem Bracht eine Anstaltskarte und sagte dazu: „1914 bis 1918 Deutschland, Deutschland über alles, 1918 bis 1919 Schottland, Schottland über alles.“ Bracht zeigte daraufhin auf seine Stirn und sagte: „Du bist verrückt.“ Da lachte der Engländer: „German kaput!“ und ließ durch den Zaun mit dem aufgesetzten Seitengewehr auf Bracht ein. Der erste Schuss traf den Bracht an der rechten Hüfte, der zweite durchdrachte die rechte Lunge und füllte den abendlichen Tod herbei. Der Soldat wollte daraufhin auch die anderen deutschen Arbeiter angreifen, wurde aber von den herbeieilenden englischen Soldaten verhindert.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission zu Düsseldorf hat an den Vorsitzenden der britischen Waffenstillstandskommission eine Note gerichtet, in der um Witterung ersucht wird, was von den englischen Gerichten in dieser Angelegenheit beantragt worden sei.

Die Eisenbahnerbewegung in America.

Wag. 4. August. Die Führer der streikenden amerikanischen Eisenbahner beschließen eine Demonstration, in der auseinandergesetzt wird, daß weder eine Verhinderung noch eine Vermittlung der Regierung die Krise lösen könne. In der Demonstration wird darauf hingewiesen, daß eine Lohnsteigerung nur einen weiteren Schritt in der schwierigen Lage, die durch die Erhöhung des Lebensunterhalts hervorgerufen wurde, bedeutet, und sie verlangen die Verkäuflichkeit der Eisenbahnen. Sie wollen, daß am Ende eines jeden Jahres, nachdem die Kapitalisten und alle übrigen Ausgaben erleidet worden sind, der Gewinnteilweise auch den Angestellten und den Arbeitern zufallen solle, und sie begehren, daß auch das Publikum von dieser Regelung Vorteile hat, weil es dann künftig nicht mehr notwendig sein würde, Dividenden von 6 bis 7 Prozent zu zahlen, sondern daß eine vierprozentige Verzinsung der Staatsanleihe genügt wäre. Am 24. August soll eine Abkündigung der Eisenbahner über die Fortschritte ihrer Führer stattfinden. Wenn sich die Eisenbahner mit diesen Vorschlägen einverstanden erklären, wird der allgemeine Streik in ganz America am 2. September beginnen.

Deutsches Reich.

Die Hebung der Kohlenförderung. Zu der Klage, mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit sparsam zu wirtschaften, sagt der „Vol. Anz.“: Die Sparwirtschaft ist gewiss notwendig, es müssen aber auch unbedingt dem Kohlenförderung wieder auf das notwendige und normale Maß zu dringen.

Ausland.

Entente-propaganda in Dänemark.

Kopenhagen, 2. August. Wie verlautet, geht man in hiesigen kriegsbekanntesten Kreisen mit dem Plan, um eine französische Handelskammer in Kopenhagen zu errichten. Nachdem man bereits vor einiger Zeit eine Ententebank mit einem Kapital von 20 Millionen Kronen gegründet hatte, welche dieses neue Vorhaben einen weiteren kommerziellen Anknüpfungspunkt an das Wirtschaftsleben der Westmächte vorbereitete.

Auf dem gleichen Gebiet der wirtschaftlichen Annäherung an die Westmächte liegt ein journalistisches Unternehmen, das in der nächsten Zeit das Licht der Welt erblicken soll. Es handelt sich um eine ententeische Halb-Monatschrift, deren Titel „Danemark News“ zur Genüge zeigt, in welche Richtung der Kurs gehen soll. Von anderer Seite wird behauptet, daß ein anderer Unternehmer die Herausgabe einer dreißigprozentigen Wochenchrift beabsichtigt, die in deutscher, französischer und englischer Sprache erscheinen und demselben Zweck dienen soll. Näheres über den Plan ist nicht bekannt.

Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

WTB. Bern, 4. August. Schweizerische Depeschen-Agentur. Der Bundesrat hat heute in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen den Text der Beitritt, betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, beraten und einstimmig beschlossen, bei den eidgenössischen Räten den Beitritt in Form eines Zusatzartikels zur Bundesverfassung zu beantragen.

Provinzial-Nachrichten.

? Odenwald (Gaalfreis), 5. August. (Schweizerische Transport.) Kaum schwerer gestallte sich am Sonnabend der Transport eines Dampfzuges, der zur Kohlegewinnung für den Betrieb der Grande Bernine-Bahnlinie II bei Dolnis bestimmt ist. Der Zug wurde durch einen Unfall, der durch ein Wasserschloß in der ersten Achse eines Lokomotivs, der eine Instandsetzung auf einen anderen Kohlezug notwendig machte, aber auch dieser hieß der Zug nicht hind; in Dolnis brach auch er zusammen, so daß erneut Hilfe erforderlich wurde, um den Kolch seiner Einbahnung auszuführen.

Tietzen. 5. August. (Mutualität eines Russischen Lehrers.) Eine schändliche Tat wurde von dem russischen Lehrers Caspari aus Krieger bei Salzgitter bei der Verhaftung eines Kindes, der wegen zu schlechten Schulleistens mit dem Vater in Streit, in den sich auch hiesige Bürger mischten. In der Hitze des Streites sollte Caspari seinen Neutoter und gab mehrere Schüsse ab. Drei abwesende lebende Personen wurden getroffen. Ein 19-jähriges blindes Mädchen namens Bogdanoff von hier war nach einigen Minuten tot. Der 25-jährige Gurko Staud aus Oederzh hat sich nach einigen Stunden in dritter Klasse namens Jilzer von hier hatte einen Brustschuß bekommen. Caspari wäre dem ungewunden Publikum sonst getrotzt worden. Seine Schateln und Gegenstände der Mutter der Waise zum Opfer.

Seiffen. 5. August. (Auf dem Paulschloß) sind 65 Räumlichkeiten erfolgt, weitere sollen im nächsten Jahr